

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: 4196/4198



Abdruck für Berlin und Gegend:
Berlin O 2 61, Zoltmann-Platz 6
Druckerei: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck ist selbstständig. Bei
der dem Druckerei, wenn nicht anders verordnet ist, gilt die Genehmigung für

Berlin, den 19. Juli 1932.

Hitlerkolonie Preussen?

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Der Reichskanzler hat die preussischen Minister Hirtsiefer und Severing zu Mittwoch-Vormittag 10 Uhr zu einer politischen Besprechung zu sich gebeten.

Auf allen Plakatsäulen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen bemühen sich die Papenkreuzler krampfhaft wie ertappte Verbrecher, die Spuren zu verwischen, die zu den Hintertreppen der Baronsregierung führen. Den arbeitenden und leidenden und von Herrn Hitler verratenen Massen sollen bis zum Wahltag die Augen verschmiert werden. Das Volk soll nicht wissen, dass Brüning nur gestürzt und Papen ans Steuer gesetzt wurde, weil es die Braunen Häuser wollten. Die Wahrheit ist, dass es ohne Hitler keinen Papen gäbe, ohne Hitler keine Notverordnung und damit auch keine Notverordnungsjacken.

Die zehnfach erwiesene Wahrheit ist, dass Papen regiert, aber Hitler im Hintergrund sitzt. Es ist ein Pakt auf Gegenseitigkeit, wobei einer dem anderen die Steigbügel hält. Was die Kumpanei Hitler fordert, wird im grossen und ganzen von den Nazi-Baronen erfüllt. Unter Brüning kam kein Goebbels an das Mikrofon des Rundfunks. Unter Papen marschieren die Herrschaften der Reihe nach an, und verzapfen ihre Phrasen, von Hierl bis Hitler! Die Bayern weigerten sich die Notverordnungsjacken und damit den Bürgerkrieg in ihr Land hereinzulassen. Tobendes Geheul und Geschimpfe über die "Separatisten" und "Landesverräter" - bis der Wunsch der Braunen Häuser erfüllt und die Abmachung mit der Baronsregierung durchgesetzt war.

Blieb Preussen, der Hort der Demokratie! Ohne Preussen kein Drittes Reich und kein Tag ist seit dem Regierungsantritt des Kabinetts Papen vergangen, an dem nicht an irgend einer Stelle der Hebel angesetzt wurde, um die stärkste Bastion des republikanischen Deutschland aus den Angeln zu heben. Die gesamte parlamentarische und ausserparlamentarische Arbeit der Braunen Häuser galt diesem einzigen Zweck. Mit Begeisterung von der Partei des Herrn Hügenberg unterstützt, vollzieht sich seit Monaten ein Hetz- und Verleumdungsfeldzug gegen die heutige preussische Regierung und vor allem gegen die preussische Polizei. Kein Mittel war zu gering, das nicht den Zweck heiligen musste. Selbst die Frau des Vizepräsidenten der Berliner Polizei wurde in diesen verlogenen und erbärmlichsten aller Kämpfe hineingezogen.

Wenn es in den vergangenen Jahren einen Staat in Deutschland gegeben hat, in dem Ruhe und Ordnung herrschte, Gerechtigkeit und Freiheit für alle politischen Parteien, Sicherheit und Schutz aller Staatsbürger, so war es Preussen! Was es an positiven und aufbauenden Leistungen unter seiner demokratischen und republikanischen Regierung aufzuweisen hat, steht mustergiltig vor aller Welt. Auch als die Notverordnungsjacken dank der Barone Papen - Gayl wieder auf den Strassen erscheinen durften, haben die preussische Staatsregierung und die preussische Polizei restlos ihre Pflicht getan und

sich dem Bürgerkrieg entgegengestellt. Sehr zum Ärger und Missvergnügen all jener, denen das republikanische Preussen ein Dorn im Auge ist und die es hassen als Eckpfeiler, an dem bisher alle reaktionären, monarchistischen und volksfeindlichen Stürme abgeprallt sind.

Preussen ist von aussen nicht zu Fall zu bringen. Deshalb muss es von innen unterminiert werden. Die Prinzen und Barone, die Junker und Schwerindustriellen und alle Feinde des "Wohlfahrtsstaates" brauchen Raum und Bewegungsfreiheit und wozu hätte man seinen Hitler und die SA, wozu für sie all die vielen Aufwendungen und Unkosten, wenn sie sich nicht auch noch durch Preussen verzinsen sollten?

Sprechen wir offen und deutlich: dieser wohlinszenierte Bürgerkrieg dient vor allem dem Zweck durch Zwang zu erreichen, was bisher durch alle Wahlen und allem Parlamentstheater nicht zu erreichen war. Die täglichen Akte des Terrors gegen die Arbeiterschaft, die Unsichermachung der Strassen und des öffentlichen Lebens sollen den Nachweis liefern, dass Preussen und seine Polizei ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen. Für dieses hinterhältige und gemeine Ziel werden die SA-Proleten ins Feuer gelegt, deshalb müssen täglich arme Menschen ihr Leben lassen, und wo kein Kommunist in den Arbeitervierteln auf die Provokationen hineinfällt, da werden SA-Leute in Civil gesteckt, mit antifaschistischen Abzeichen und Revolvern versehen, damit diese Achtgroschenjunge und Provokateure die Polizei angreifen. War nicht auch der Blutsonntag von Altona eine einzige wohlangelegte Provokation zum Sturz der preussischen Regierung? In Altona konnte die Polizei den SA-Marsch durch die Proletarierviertel verbieten. Dann hätten die Braunen Häuser toben können über Unterdrückung und zweierlei Mass. Die Polizei gestattete den Umzug, es floss Blut und wieder brüllte die ganze Meute auf der Rechten nach dem Reichskommissar für Preussen. Wie auf Befehl erschallte der Ruf. Er wurde vorbereitet und unterstützt durch ein Schreiben des Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags an Herrn von Papen, in dem ebenfalls ein Reichskommissar für Preussen gefordert wird, "weil sich Ueberfälle und Morde von Tag zu Tag in erschreckendem Masse häufen" Das ganze Spiel liegt klar zu Tage. Erst forderte und erreichte man die völlige Demonstrationsfreiheit und die Notverordnungsjacken und als die Auswirkung dieser Politik zu Tage trat, wurde der Spiess umgedreht, wurden die für die Blutvergießung verantwortlich gemacht, die sich mit Händen und Füßen gegen ihre Ursachen gewehrt haben. Ja, die intellektuellen Urheber dieser Ursachen sollen schliesslich noch die Richter über die spielen, die sie eindringlich aber vergeblich vor der Freigabe der Strasse an die Notverordnungsjacken warnten.

Es gibt keinen juristischen und verfassungsmässigen Paragraphen, der die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen rechtfertigen könnte. Der einzige Grund, den die Reichsregierung ins Feld führen kann, ist der Wunsch und das heisse Bemühen der Braunen Häuser und ihrer Auftraggeber: Preussen in eine Nazikolonie zu verwandeln, Posten und Aemter freizumachen für die hungrige Nazimeute und deren Stellenjäger. Sie hätten es in der Hand mit dem Zentrum eine Koalition zu bilden und auf diesem verfassungsmässigen Wege in Preussen mit zu regieren. Das aber ist es gerade, was die Hitler und Konsorten nicht wollen. Sie wollen heute nicht einmal offen die Macht. Was sie wollen ist Einfluss ohne Verantwortung. Nur keine offene Verantwortung, weil das Volk seine Betrüger sonst allzurasch erkennen würde.

Das Spiel der Nazi und ihr Zusammenspiel mit der Baronsregierung ist klar. Sind sich aber diese Papen, Gayl und Schleicher klar, wohin der Weg führen muss? Wir warnen sie dringend einen Schritt zu tun, der ein Signal in vielfacher Hinsicht sein kann.

SPD. Kiel, 19.Juli (Eig.Drahtb.)

Ueber eine einstweilige Verfügung, die Hitler gegen die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung erwirkt hatte, fällte das Landgericht Kiel am Dienstag im Hauptprozess die Entscheidung. Das Landgericht erklärt, dass es dem Blatt verboten ist, bei Vermeidung einer Geld- oder Haftstrafe zu behaupten, dass Hitler vor dem 13.März den Bürgerkrieg vorbereitet habe, Putschanweisungen dahin gegeben habe, dass die öffentlichen Gebäude zu besetzen, Waffen und Lebensmittel zu requirieren und die Kassen nicht zu vergessen seien.

In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, dass ein unmittelbarer Beweis, dass Hitler die SA und SS zur Führung des Bürgerkrieges vorbereitet habe, nicht vorliege. Der als Zeuge vernommene Hauptmann Röhme habe unter Eid versichert, dass die SA und die SS unbewaffnet seien. Das Gericht unterstelle, dass in die Richtigkeit dieser Aussage kein Zweifel zu setzen sei. Die beiden Haussuchungen gefundenen Waffen (Revolver, Dolche, Stilette) seien keine Kampfmittel für die erfolgreiche Führung eines Bürgerkrieges. Es liege daher auch kein Beweis der planmässigen Bewaffnung der SA und SS vor. Auch für die Behauptung einer planmässigen Zersetzungsarbeit in der Polizei und in der Reichswehr sei das amtliche preussische Material nicht ausreichend. Die amtlichen Feststellungen liessen höchstens auf Propaganda in der Polizei und Reichswehr schliessen, nicht aber auf hochverräterische Umtriebe.

Den Antrag, einige frühere Reichsminister als Zeugen zu vernehmen, lehnte das Gericht mit dem Hinweis darauf ab, dass die Aufhebung des SA-Verbots die Legalität der SA und SS beweise. Deshalb hätte Hitler die beanstandeten Behauptungen als unwahr nachgewiesen und deshalb sei es der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung verboten, weiter zu sagen, dass Hitler vor dem 13.März den Bürgerkrieg vorbereitet habe.

SPD. In einer Kundgebung der Eisernen Front in Dresden führte der preussische Kultusminister Grimme am Dienstag u.a. aus :

"Herr von Papen kommt vor der Geschichte und dem Richterstuhl der Sittlichkeit und der Religion nicht darum herum, dass sein Wort vom Wohlfahrtsstaat ein Wort der Gottesfremdheit ist. Denn wenn etwas den Glauben an eine gerechte Weltordnung und an den Wert der christlichen Frömmigkeit unterhöhlt hat in unseren Tagen, dann ist es dies, dass das Reich dem Grossgrundbesitzer, dem Wirtschaftsführer, dem Unternehmer und allen, die auf einer Kapitalstufe stehen, mit seiner Notverordnung keinen Pfennig genommen hat, während die kleinsten Angestellten hergeben müssen, während die Renten ärmster Witwen zusammenschrumpfen, während Arbeitslosen der untersten Klasse wöchentlich die Summe von 4,50 Mark bleibt."

SPD. Wien, 19.Juli (Eig.Drahtb.)

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Finanzausschusses des Nationalrats ereignete sich ein empörender Vorfall, der in der Geschichte des österreichischen Parlaments einzig dasteht. Der Heimatblock-Abgeordnete Hainzl, der dadurch berüchtigt ist, dass er einmal in offener Parlamentssitzung den Revolver zog und die Sozialdemokraten bedrohte, hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Otto Bauer in offener Sitzung durch einen Steinwurf erheblich am Kopf verletzt.

In der Sitzung des Ausschusses wurde in Abwesenheit Dr. Bauers über die Person des steierischen Landeshauptmanns Rintelen gesprochen. Als Dr. Bauer den Saal betrat und eine Auseinandersetzung zwischen den Regierungsabgeordneten und den Sozialdemokraten sah, rief er seinen Freunden zu: "Lasst Euch doch mit diesen Faschisten nicht ein." In diesem Augenblick sprang der faschi-

stische Heimatblock-Abgeordnete Hainzl von seinem Sessel auf, packte einen Zündstein und schleuderte ihn mit voller Wucht aus einer Distanz von kaum zwei Meter gegen Dr. Bauers Kopf. Bauer erlitt eine stark blutende Risswunde. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder stürzten sich auf Hainzl, der auf der Stelle gezüchtigt worden wäre, wenn ihn nicht die christlich-sozialen Abgeordneten geschützt hätten. Dr. Bauer wurde von seinen Freunden in das Verbandszimmer geführt und dort verbunden. Gegen Hainzl wurde sofort Strafanzeige erstattet.

SPD. Hanau, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Die fünf Todesopfer der kommunistischen Unruhen in dem kleinen Arbeiterstädtchen Langenselbold werden von der kommunistischen Presse zu einer neuen Hetze gegen die Sozialdemokratie benutzt. Vor allem wird der sozialdemokratische Landrat von Hanau vollkommen zu Unrecht mit den Vorgängen in Langenselbold in Verbindung gebracht. Der Polizeiwachtmeister, der als "Hauptschuldiger" des Blutvergiessens in der Erwerbslosenversammlung von den Kommunisten angegriffen wird, ist Kommunalbeamter der kommunistischen Gemeinde Langenselbold. Oberster Polizeiherr ist der augenblicklich beurlaubte Bürgermeister, dessen Stellvertreter der kommunistische Beigeordnete Dressler ist. Ueberdies sind die Zusammenstösse mit der Polizei von den Kommunisten mutwillig provoziert worden. Die Polizeibeamten haben erst geschossen, nachdem sie selbst schwer verletzt waren und in höchster Lebensgefahr schwebten.

SPD. München, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in München befasste sich eingehend mit der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft und den dadurch bedingten ernstesten Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaft.

Im Anschluss an ein Referat des Reichsernährungsministers Freiherr von Braun wurden alle wichtigen aktuellen Fragen durchgesprochen. Insbesondere wurden die Verhältnisse in der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, d.h. in Vieh- und Milchwirtschaft, beim Wein-, Obst- und Gemüsebau sowie die Lage der Holzwirtschaft behandelt. Mit Nachdruck wurde von allen Seiten betont, dass bei diesen Erzeugnissen sich die Verhältnisse besonders verhängnisvoll gestaltet hätten. Die Schutzmassnahmen anderer Länder hätten im zunehmenden Masse zu einem immer grösseren Angebot ausländischer Waren auf den deutschen Märkten geführt. Auch die beste Weltorganisation, die allerdings in Deutschland vielfach noch nicht erreicht sei, sei nicht in der Lage, sich gegen die derzeitige ausländische Schleuder Konkurrenz zu behaupten.

Die Konferenz vertrat den Standpunkt, dass neue starke Massnahmen zum Schutz der bäuerlichen Erzeugnisse nicht entbehrt werden könnten und deshalb mit Beschleunigung geschaffen werden müssten. Gelänge es nicht, in Kürze Hilfe zu schaffen, dann würde die Gefahr für Produktionseinschränkung und daraus folgend die Gefahr von Versorgungsschwierigkeiten und unerträglicher Preissteigerungen bedrohlich. Unter diesem Gesichtswinkel begrüsst die Konferenz die Lösung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die Beseitigung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz und die Kontingentierung der Frühkartoffeleinfuhr als einen Anfang zur Errichtung eines wirksameren Schutzes der land- und forstwirtschaftlichen Produktion. Die Konferenz gab schliesslich der Erwartung Ausdruck, dass auf diesem Weg mit Tatkraft fortgeschritten werden müsse, zumal die unverändert anhaltenden protektionistischen Tendenzen in der Welt und die unverminderte Weltkrise uns immer mehr auf die Wiederherstellung und Pflege des Binnenmarktes hinweisen.

SPD. Wittenberg, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Zwei Todesopfer hat eine am vergangenen Freitag im Anschluss an eine Demonstration infolge frecher Naziprovokation stattgefundene Schiesserei gefordert. Ausser einer Frau, die infolge der Aufregung vom Herzschlag getroffen tot zusammenbrach, ist der Arbeiter Walter Nicolai an den Folgen eines Kopfschusses gestorben.

SPD. Brüssel, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Während in der Eisen- und Metallindustrie die Arbeit bereits wieder aufgenommen wurde, dauert der Kampf in zwei wichtigen Kohlenrevieren noch fort. Im Revier von Charleroi ist der Streik auch in den Kohlengruben beendet, aber im Revier des Zentrum hat eine Delegiertenversammlung der Bergarbeiter neue Forderungen aufgestellt. Sie verlangt eine Erhöhung aller Löhne, die 40 Franken (Mk. 3,90) im Tage nicht überschreiten, und zwar 10 % Erhöhung bei Löhnen bis zu 25 Franken (Mk. 2,44), $7\frac{1}{2}$ % bei Löhnen von 25 bis 30 Franken (Mk. 2,92) und 5 % Erhöhung bei Löhnen von 30 bis 40 Franken (Mk. 3,90) im Tage.

Die Abstimmung der Bergleute im Revier des Borinages, deren Ergebnisse in der Delegiertenversammlung von Horlu bekanntgegeben wurde, ergab ebenfalls eine gewaltige Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks um die gleichen Forderungen, die die Bergarbeiter des Zentrum-Reviere aufgestellt haben. 127 Delegierte hatten Auftrag, für die Fortsetzung des Streiks zu stimmen, nur 17 stimmten für die Wiederaufnahme der Arbeit. Unter diesen Umständen hat die Leitung des Bergarbeiterverbandes neuerdings die Einberufung der Paritätischen Kohlenkommission beantragt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die Kommission tritt am Mittwoch in Brüssel zusammen.

SPD. Paris, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Ueber den Bürgerkriegszustand in Deutschland und das Verhalten der Reichsregierung schreibt der "Temps":

"Man muss feststellen, dass sich das Kabinett von Papen - von Schleicher in einer sehr heiklen Lage befindet, um ohne Unterschied gegen alle Elemente der Ordnung vorgehen zu können. Denn es sind ernsthafte Gründe vorhanden, dass das Kabinett ein Gefangener der Rechtsparteien ist, die zum grossen Teil für die gegenwärtige Agitation verantwortlich sind. Gerade weil sich die Regierung die Möglichkeit vorbehalten will, nach den Wahlen die Nazis für ihre Sache zu gewinnen, wenn sie die stärkste Fraktion im neuen Reichstag bilden, ist sie genötigt, sie während der Wahlkampagne zu schonen. Das ganze Uebel kommt von dem Fehler her, der damit begangen worden ist, dass man die Kampfformationen der Nazis wiederhergestellt und dass man ihnen erlaubt hat, wieder Uniformen zu tragen. In einem Augenblick, in dem in einem grossen Land eine politische Partei über eine wahre Privatarmee verfügt, um ihre Sache zu verteidigen, ist die Tür für den Bürgerkrieg geöffnet."

SPD. Der Preussische Staatsrat nahm am Dienstag mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie folgenden Antrag gegen den Bürgerkrieg an:

"Die täglichen blutigen Ausschreitungen, denen vielfach auch unschuldige Personen zum Opfer fallen und die das Ansehen Deutschlands schädigen, werden von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes verabscheut. Ueber allen politischen Erwägungen steht die zwingende Notwendigkeit, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und Leben und Sicherheit der Staatsbewohner zu schützen. Der Staatsrat ersucht die Staatsregierung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden

den Mitteln dafür zu sorgen, dass geordnete Zustände sofort wiederhergestellt werden. Er ersucht sie ferner, in diesem Sinne mit allem Nachdruck auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Der Staatsrat hält es insbesondere für dringend notwendig, dass über die inzwischen verordnete Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffen- und Sprengstoffbesitz und -gebrauch mit unnachsichtlicher Strenge vorgegangen wird."

In der Debatte über die blutigen Zwischenfälle der letzten Zeit führte das sozialdemokratische Mitglied des Staatsrat Dr. Moorfeld u.a. aus: Die Aufhebung des Uniformverbots hat die Mordhetze ausserordentlich begünstigt. Denken Sie nur an die 15 oder noch mehr Toten in Altona und dann messen Sie daran die Mitverantwortung einer Regierung, die aus der Aufhebung des Uniformverbots ein politisches Geschäft gemacht hat. (Sehr richtig b.d. Soz. und Komm. Bei der Rückkehr der SA-Leute aus Altona hat man ihnen ganze Wagenladungen von Revolvern abgenommen und wenn Göring die offizielle Bewaffnung der SA ankündigt und droht, er würde in drei Tagen die Strassen frei machen, so ist das die gar offene Ankündigung des Bürgerkrieges. 99 Tote sind seit der Aufhebung des Uniformverbotes in Deutschland zu zählen und 1125 Verwundete. Können die Herren von der Reichsregierung, insbesondere der Herr Reichsminister des Innern, angesichts dieser langen Reihe von Toten überhaupt noch ruhig schlafen? Politische und andere Organisationen fordern immer dringender die Wiederherstellung des Uniformverbots, Sozialdemokraten, Zentrumsparthei, grosse Frauenverbände, christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine, alle haben ein schleuniges Verbot gefordert. Warum bleibt die Reichsregierung untätig? Liegt die Ursache nur in den bindenden Zusagen, die Schleicher von Hitler gemacht worden sind oder die Herrn Hitler selbst, Göring und Röhm gemacht worden sind? Oder treibt die Reichsregierung; bewusst noch auf etwas anderes hin, etwa auf die Einsetzung eines Reichskommissars oder auf den Belagerungszustand? Vor allem die demokratischen Rheinländer würden diese Methoden des ostelbischen Kommissariefels nicht ertragen. Auch das neue Demonstrationsverbot wird die politischen Exzesse nicht unterbinden, solange die Uniformfreiheit weiter besteht. Das Vertrauen des Auslandes sinkt auf den Nullpunkt, die wirtschaftliche Erhöhung wird immer fragwürdiger. Die Arbeitermassen werden zur Offensive gehen und, wenn nötig, an den Schändern des deutschen Namens das Strafgericht vollziehen.

Schilling (Ztr) sprach den Nationalsozialisten das Recht ab, über Recht und Sitte ein Urteil zu fällen, solange sich in ihren Reihen Zuchthäusler und Verbrecher befänden. Die Nationalsozialisten trügen ein gross Teil Schuld an der politischen Verwilderung in Deutschland. In Versammlungen hätten sich die Nationalsozialisten sehr der Kriegsbeschädigten angenommen, während nach den Feststellungen des Vorsitzenden des Kriegsbeschädigten-Ausschusses die nationalsozialistischen Abgeordneten die Gesuche der Kriegsbeschädigten unbeantwortet gelassen hätten. Der Redner begrüsst das Demonstrationsverbot und erklärte, man dürfe nicht auf halbem Wege stehen bleiben; man müsse ganze Arbeit leisten. Das Zentrum wolle den Ordnungsstaat. Deshalb empfehle er die Annahme des von seiner Fraktion eingebrachten Antrages.

Oberbürgermeister Brauer-Altona (Soz) erklärte, die in Altona gefallenen Opfer würden von allen Seiten tief beklagt. Diese Erscheinungen des grauenvollen Kampfes Deutscher gegen Deutsche seien aus der Missachtung des demokratischen Staates und der Weimarer Verfassung erwachsen. Es fehle die Achtung vor der Ueberzeugung des anderen und das wirkliche Ringen um Anhänger mit geistigen Waffen. Die Schuld liege bei den Extremen von links und von rechts, die sich diesem Staat feindlich gegenüberstellten. Was die Kommunisten seit 1918 gesät hätten, habe eine blutige Saat gezeitigt. Auf der anderen Seite sei die nationalsozialistische Bewegung vom Tage ihres Auftretens an gewalttätig aufgetreten. Die Machtmittel gehörten in die Hand des Staates und nicht in die Hand politischer Parteien, und die Uniformen gehörten nicht auf den Leib der

Bürger, sondern sie seien Sache der Polizei und der Reichswehr. Wenn eingeschritten werden solle, dann auch nach beiden Seiten und nicht allein gegen die Kommunisten. Die Reichsregierung solle alle Mittel einsetzen, um dem Kampf der Parteien wieder eine geistige Basis zu geben. Der augenblickliche Wahlkampf sei der ungeistigste, den Deutschland gesehen habe. Hinter diesen Zuständen stehe die grosse Gefahr der Zerstörung der Reichseinheit. Hoffentlich seien die Opfer von Altona die letzten dieser Entwicklung.

Der Reichsminister des Innern, der dem Staatsrat angehört, hatte es vorgezogen, vor Beginn der Debatte zu verschwinden.

SPD. Gelsenkirchen, 19. Juli (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Dienstag um drei Uhr wurde in Buer der Kameradschaftsführer des Reichsbanners Johann Schlenghoff, 62 Jahre alt, von dem 35jährigen Nationalsozialisten Werner Günther, Adjutant des Ortsgruppenführers der Nationalsozialisten, erschossen.

Schlenghoff hatte mit mehreren Kameraden den Schutz einer Klebekolonnie der Eisernen Front übernommen. Unterwegs trafen sie einen 35jährigen SA-Mann Werner Günther, der Streit begann und nach einem Reichsbannermann schlug. Dann flüchtete er in eine benachbarte Torfahrt. Als die Reichsbannerleute ihm folgten, gab er einen Schuss ab, der Schlenghoff in die Brust traf. Ein zweiter Schuss blieb im Lauf der Waffe stecken. Den Reichsbannerleuten gelang es, den Täter zu entwaffnen und ihn unschädlich zu machen. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus geschafft.

SPD. Die "Germania" sagt zu dem Plan der Einsetzung eines Reichskommissars unter dem Titel: "Ein gefährlicher Weg" u. a. folgendes :

"Ein solches Eingreifen des Reiches in die preussischen Verhältnisse ist staatsrechtlich in keiner Weise begründet. Es wäre ein Akt der Gewalt, der in seinen politischen Auswirkungen zu neuen schweren Konflikten und zu verhängnisvollen Ergebnissen führen müsste. Die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars sind in keiner Weise gegeben, selbst dann nicht, wenn man ihr, wie wir erfahren, die an den Haaren herbeigezogene, unwahre Begründung geben will, dass die preussische Regierung von den Kommunisten abhängig sei. (!) Ebenso unmöglich wäre es, das Eingreifen des Reiches etwa auf die blutigen Zwischenfälle zu stützen, die sich in einzelnen preussischen Städten - übrigens blieben auch die anderen Länder nicht von ihnen verschont - in der letzten Zeit ereignet haben. Diese Zwischenfälle hat nicht die preussische Regierung zu verantworten, die um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht ist, sondern die Reichsregierung, deren verhängnisvoller Wunsch es ja doch war, dass den Kampfverbänden die Uniformen und die Demonstrationsfreiheit wiedergegeben wurden.... Wenn die Regierung diesen Schritt tut, dann ist er nichts anderes, als eine von den vielen parteipolitischen Konzessionen, die der neue Kurs seinen Freunden und Helfern bereits gemacht hat und auch weiter machen muss. Diese Reichsregierung, die das grosse Wort sprach, dass sie die Staatsführung von den parteipolitischen Fesseln befreien wolle - die übrigens andere bereits vor ihr abgestreift hatten - zeigt dann jedenfalls, dass sie sich wie keine ihrer Vorgängerinnen parteipolitischen Diktaten unterwirft.

Wir warnen die Reichsregierung in letzter Stunde, den Weg zu gehen, zu dem sie sich offenbar entschlossen hat. Sie hat sich in den wenigen Wochen, in denen sie uns ihre Regierungskunst vorgeführt hat, aussen- und innerpoli-

tisch durch ein ungewöhnliches Versagen bereits so kompromittiert, dass sie selbst am wenigsten Lust zu neuen Experimenten haben sollte. Sie wird die neue Verantwortung, die sie für den rechtlich und politisch unmöglichen und folgen schweren Eingriff übernimmt, nicht tragen können."

SPD. Stuttgart, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Die deutschnationalen Landtagsabgeordneten Wider und Scholt hatten in einer kleinen Anfrage Einspruch gegen die Beteiligung der württembergischen Regierung an der auch für dieses Jahr in Stuttgart gemeinsam mit der Stadtverwaltung geplanten amtlichen Verfassungsfeier erhoben. Sie sind aber damit abgeblitzt. Die Regierung, der auch die deutschnationalen Minister Bazille und Behlinger angehören, hat ihnen wie folgt geantwortet :

"Auch in diesem Jahre wird sich die Staatsregierung an der geplanten Verfassungsfeier beteiligen. In der jetzigen sehr bewegten Zeit, in der die Rechtsbegriffe stark verwirrt sind, erscheint es am Verfassungstage angezeigt die Bevölkerung in einer amtlichen Feier auf die grosse Bedeutung der Verfassung als Staatsgrundgesetz hinzuweisen. Bei der geplanten Verfassungsfeier handelt es sich nicht um die Feier eines teuren Festes, sondern um eine in möglichst einfacher Form gehaltene amtliche Kundgebung zur Erinnerung an die Schaffung der Weimarer Verfassung. Auch die Reichsregierung hält es für geboten, das deutsche Volk am Verfassungstag auf die Bedeutung dieses Tages hinzuweisen. Sie hat daher die Beflaggung sämtlicher Reichsdienstgebäude am Verfassungstag verfügt. Für die Reichsverwaltung ist am 11. August wie in den Vorjahren durchgängig Sonntagsdienst angeordnet worden."

SPD. Limburg, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Gewerkschaftssekretär Adolf Kunz in Burg wurde von Nationalsozialisten schwer verletzt. Der Ueberfall stellt sich als ein planmässig vorbereiteter Terrorakt nach italienisch-faschistischem Muster dar.

Aufgehetzt durch eine Brandrede des preussischen Landtagspräsidenten Kern fuhren mehrere hundert Braunhemden auf Lastautos vor das Haus von Kunz. Ein Befehl: "Absteigen!" ertönte. Sofort erfolgte der Angriff. Durch die Fenster die mit grossen, mitgebrachten Quadersteinen eingeworfen wurden, drangen die Nazis ein. Die Türen wurden durch Fusstritte eingetreten und dann auf Kunz, ~~der~~ mit seiner Gattin und einigen wenigen Sozialdemokraten zur Wehr setzte, eingeschlagen. Die Nazis schrien: "Jetzt haben wir den verfluchten Kunz. Jetzt ist er unser!" Kunz erhielt mit einer rostigen Feile sechs Stiche in den Kopf. Darauf stürzten sich die Nazis auf Frau Kunz, misshandelten sie und traten sie zu Boden. Die Wohnungseinrichtung wurde völlig demoliert. Keine Scheibe, kein Stuhl, kein Vorhang, keine Lampe, nichts blieb ganz. Alles wurde von den Banditen ruiniert. Der Vorfall spielte sich sehr schnell ab. Nach getaner Arbeit sassen die Nazis auf und fuhren davon. Die Polizei konnte die Rädelsführer erfreulicherweise feststellen.

SPD. Stuttgart, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Bezirksvorsitzende der Sozialdemokratie Tübingens, Frank, wollte in den Ammertalgemeinden Altingen, Poltringen und Pfäffingen Versammlungen halten und begab sich in Begleitung von etwa einem Dutzend jüngerer Parteimitglieder dorthin. Sämtliche Versammlungen wurden von den Nazis gesprengt, die einen regelrechten Kundschafterdienst eingerichtet hatten und rasch einige Last-

wagen mit SA-Leuten, etwa 60 an der Zahl, heranholten. Frank wurde verletzt, ebenso der Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend Schultheiss.

Dass die Nazis den Ueberfall planmässig organisiert hatten, bewies, dass sie die Telephonzellen besetzten, damit keine Hilfe gerufen werden konnte. Der nationalsozialistische Ortsgruppenführer Baumert von Tübingen war anwesend. Es ist der Landjägersmannschaft gelungen, die Namen der nationalsozialistischen Schläger festzustellen.

SPD. Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bertram, hat namens der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Bischöfe an die Reichsregierung im Hinblick auf die wachsende Bedrohung des öffentlichen Friedens das Ersuchen gerichtet, dem Terror der radikalen Parteien ein Ende zu bereiten. Wörtlich heisst es im deutlichen Hinweis auf die Nazis :

"Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung jener Achtung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiliges Gebot der christlichen Ordnung ist. Es kommt hinzu, dass gerade die ordnungsliebenden Kreise der Bevölkerung unter diesem Treiben am schwersten zu leiden haben, eingeschüchtert und in ihrer staatsbürgerlichen Freiheit gewaltsam beeinträchtigt werden, und bei Fehlen wirksamen Schutzes an Achtung vor der höchsten weltlichen Autorität verlieren müssen.

Im Inlande und Auslande wird es aufs schmerzlichste empfunden, wie verrohend und entsittlichend ein solches Treiben auf weiteste Kreise, namentlich auch auf die heranwachsende Jugend wirkt, deren edle sittliche Bildung seither stets als Kleinod der staatlichen Aufgaben betrachtet wurde.

Auch das darf erwähnt werden, dass gerade diejenigen Parteien am gewaltsamsten auftreten, von denen für die Zukunft den christlichen Volksgütern die grössten Gefahren drohen, und von denen insbesondere für das Verhältnis der Staatsgewalt zur katholischen Kirche das Schlimmste zu befürchten ist, zum Verderb von Volk und Vaterland."

SPD. In der kommunistischen Presse wird die Behauptung verbreitet, Severing habe im Berliner Westen erklärt, dass er, um geschäftsführender Minister in Preussen zu bleiben, auch - wenn es nötig sein würde - aus der SPD austreten würde. Selbstverständlich, so habe er hinzugefügt, werde er in seine Herzen immer Sozialdemokrat bleiben.

Severing hat etwas Derartiges niemals erklärt!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

SPD. Ueber den Plan zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen sagt die "Vossische Zeitung":

"Trotz der Erschwerung, die durch diese Massnahme der Reichsregierung eingetreten ist, hat die preussische Polizei mit Aufbietung aller Kräfte und mit völliger Unparteilichkeit ihre Aufgabe erfüllt. So beklagenswert die Häufung der Ausschreitungen ist, so muss doch auch im Interesse des deutschen Ansehens in der Welt festgestellt werden, dass trotz der Aufpeitschung der Leidenschaften durch die extremen Parteien in den meisten Bezirken des Reiches, und vor allem Preussens, bisher ein geordneter Verlauf des Wahlkampfes gesichert werden konnte . . . Dass die Hetze gegen die Polizei von Rechtsradikalen wie von Linksradikalen immer erneut betrieben wird, beweist nur, dass sie im grossen und ganzen den extremen Gruppen ihr gefährliches Handwerk erfolgreich erschwert hat. Auch bei den Kämpfen in Altona haben sich die Organe der staatlichen Ordnung opferbereit zwischen die Streitenden geworfen und die Angreifer mit rücksichtsloser Schärfe abgewehrt.

Es ist reine Parteipolitik, wenn in einem solchen Augenblick schwerer Gefährdung die Rechtsparteien mit verstärktem Nachdruck die Reichsregierung zu Schritten drängen wollten, die sich gegen die preussische Exekutive richten sollen. Unter immer neuen Vorwänden wird auf Einsetzung eines "Reichskommissars" gedrängt, obwohl weder eine tatsächliche noch eine rechtliche Grundlage für einen solchen Eingriff gegeben ist".

Schärfer noch urteilt das "Berliner Tageblatt". Es bezeichnet die Neigung der Reichsregierung, einen Reichskommissar für Preussen einzusetzen, als Kompensationsgabe an die Nazi, für die aber keinerlei gesetzliche Handhabe vorhanden sei. Das "Tageblatt" warnt vor der Tragweite eines "Experimentes sehr gefährlicher Art", das "die schwerste Probe auf den Zusammenhalt des Reiches" sei, die man sich denken könne: "Um der schönen Augen der Nationalsozialisten und Deutschen nationalen zuliebe will die Reichsregierung einen staatsrechtlichen Husarenritt unternehmen, der über die Schranken der Verfassung hinwegführt".

SPD. Hamburg, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Laufe des Dienstag wurden 87 Personen, die bei den Altonaer Unruhen am Sonntag vorläufig in Haft genommen wurden, dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Gegen die bisher vernommenen Personen - insgesamt sind 92 festgenommen worden - hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt.

Inzwischen ist ein bei der Schiesserei verletzter SA-Mann ebenfalls seinen Verletzungen erlegen. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf 15. Drei der Verletzten befinden sich noch in Lebensgefahr.

SPD. Gegen das auf Veranlassung des Reichsinnenministers ausgesprochene Verbot der Reichsbanner-Zeitung ist vom Reichsbanner Beschwerde eingelegt worden. In der Beschwerde wird u.a. mit Nachdruck dagegen protestiert, dass für die ganze Dauer eines entscheidungsvollen Wahlkampfes das einzige Organ eines, viele Hunderttausende von republikanischen Frontsoldaten und Kriegsteilnehmer-söhnen umfassenden Bundes gewaltsam ausgeschaltet wird.

SPD. Hamburg, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Eine furchtbare Bluttat ereignete sich in der Nacht vom Montag auf Dienstag in Altona-Bahrenfeld.

In einem Wochenendhäuschen der Gartenkolonie am Wimsberggelände wohnte der 34jährige Arbeiter Markmann mit seiner jungen Ehefrau und drei kleinen Kindern im Alter von 7, 4 und 3 Jahren. Am Montag Abend, als der Ehemann nach Hause kam, geriet er mit seiner Ehefrau in Streit. Als er sich später ins Bett legte, wurde er von seiner Ehefrau mit dem Beil erschlagen. Die Ehefrau Markmann machte am Dienstag Mittag auf einem Polizeirevier Mitteilung von ihrer furchtbaren Tat und gab als Grund Ehezerwürfnisse und dauernde Streitigkeiten in der Familie an. Auch am Abend der Tat habe der Ehemann, als er in ange-trunkenem Zustande nach Hause gekommen sei, wieder Streitigkeiten herbeige-führt.

SPD. Welcher niederträchtigen Fälschermethoden sich die Nationalsozia-
listen bedienen, zeigt ein Vorfall, über den uns aus Luckau berichtet wird.

Ende der vergangenen Woche wurde Willi Sklarek der Luckauer Strafanstalt
zugeführt. Durch irgend einen Beamten, der Nationalsozialist ist, wurde dies
verbreitet. Infolgedessen sammelte sich eine grössere Menschenmenge, in der
Mehrheit Nationalsozialisten, vor der Strafanstalt, um den Häftling mit Schimpf-
worten zu empfangen. Das wäre uns an sich gleichgültig, wenn nicht nach der
Einlieferung von den Nationalsozialisten eine photographische Aufnahme gestellt
worden wäre, die ein Gipfelstück gemeiner Fälschung darstellt. Die Nazis hat-
ten eine rote Fahne mit drei Pfeilen und ein Schild mit der Aufschrift "Skla-
rek willkommen. Die Eiserner Front Luckau" hergestellt. Das brachten sie mit
der Strafanstalt als Hintergrund auf die Platte. Darauf verbreiteten sie in
Luckau, die Eiserner Front habe vor Sklarek Spalier gebildet und den Gefange-
nen mit Freiheitrufen empfangen. Hiermit wollen die Nazis vor allem auf dem
Lande krebsen gehen.

Der SA- Mann Goerlich, den ein Kamerad der Eisernen Front wegen dieser
Gemeinheit einen Lumpen und Gauner nannte, erklärte: "Uns ist eben jedes
Kampfmittel recht".

SPD. London, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Telegraph", ein immer gut informiertes englisches Blatt ver-
öffentlicht einen bis in die letzte Einzelheit ausgearbeiteten Putschplan Hit-
lers, der in der Wahlnacht des 31. Juli zum Staatsstreich und zur Machtergrei-
fung der Nazis führen und ausgeführt werden soll. Instruktionen an alle Par-
tei- und SA- Formationen sollen ergangen und selbst ein Aufruf an das Volk
soll bereits verfasst sein. Die wichtigsten öffentlichen und staatlichen Ge-
bäude sollen besetzt und die Führer der SPD und der Gewerkschaften verhaftet
werden. Nach dem Putsch will Hitler der Reichsregierung ein Ultimatum zum Rück-
tritt überreichen, der nötigenfalls mit Gewalt erzwungen werden soll. Reichs-
wehr und SA seien bestimmt, die staatliche Macht zu übernehmen. Sollte jedoch
Hitler keine Mehrheit bei den Wahlen erhalten, so wolle er mit den Deutsch-
nationalen eine Regierung bilden. Als Reichskanzler sei dann der Exkronprinz
ausersehen. Die für Hitler notwendigen Parlamentsmehrheit will er durch neue
Wahlen zu einer Nationalversammlung erreichen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Bonze.

SPD. In einer rechtsradikalen Korrespondenz, die von K.O.Paetel herausgegeben wird, begründet ein SA-Mann, der 5 Jahre bei der SA gewesen ist, warum er ausgetreten ist. Die Begründung ist sehr einfach: er hat Goebbels aus der Nähe gesehen und gehört. Er war von den Reden Goebbels begeistert und mitgerissen - bis er eines Tages entdeckte, was dahinter steckt. Er beschreibt das folgendermassen:

"Es war nach einer Sportpalastversammlung. Wir standen draussen angetreten mit leuchtenden Augen. Dr. Goebbels ging zu seinem Auto. Und gerade als er bei mir vorbeikam, sagte er spöttisch: "Es ist doch immer das Gleiche. Begeisterung besteht zu 95 % aus Transpiration und zu 5 % aus Inspiration." Wie ein Schlag ins Gesicht war diese Bemerkung für mich. In diesem Augenblick fiel mir eine andere Äusserung unseres Führers Dr. Goebbels ein. Es sollte einmal in einer Versammlung für den Opferring gesammelt werden, und da hatte Dr. Goebbels den Sammlern eingeschärft, sich zu einer bestimmten Zeit bereitzuhalten. Das Zeichen für den günstigsten Augenblick der Sammlung während seiner Rede sei die ausführliche Darstellung vom Sterben eines SA-Mannes. Dann seien die Herzen am gerührtsten und der Ertrag der Sammlung am besten garantiert. Ich hatte damals gar nicht darauf geachtet. Jetzt aber wurde mir klar, dass hier damals so wie heute, kaltrechnender Zynismus mit unserer Gläubigkeit und unserem Vertrauen gespielt hatte. Am Abend dieses Tages trat ich aus der SA ohne Angabe der Gründe aus."

Dieser Mann hat seinen Führer Goebbels durchschaut als er ihn aus der Nähe gesehen hat. Er schreibt Goebbels kalt rechnenden Zynismus zu. Aber diese Art, die sich lustig macht über die Gläubigkeit von irregeführten Massen, die witzelt, wo andere ergriffen sind, ist mit einem anderen Wort viel besser bezeichnet: Es ist gewissenlose Bonzengesinnung.

Das Schimpfwort, das die Nationalsozialisten den Führern der Arbeiterbewegung zuschreiben, ist hier am richtigen Platz. Dieser SA-Mann hat in Goebbels den wahren Bonzen erkannt und hat sich deshalb schauernd abgewandt.

Die Urkraft.

Die Naziorganisation in Schlesien wirbt für ihre Zeitungen mit einem urkomischen Reklamezettel, in dem Hitler beweihräuchert wird als der neue deutsche Evangelist: "Seht den reinen Schild, die blanken Waffen, die strahlende Soldaten- und Mannesehre unseres Führers. Hören Sie in diesen Blättern die Urkraft seiner Worte, wie die deutschen Eichen rauschen, wie Wogenprall deutscher Meere donnern, wie Stürme dröhnen, wie Germanenschwerter schmettern, wie die Hörner von Ronceval gellen und nur verstanden werden können von denen, die deutsch sind wie er."

Dies sprachliche Phänomen, die Urkraft der Hitlerworte, muss man gehört haben, also hören wir sie an:

"Der schwarzhaarige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blut schändet und damit seinem, des Mädchens Volke raubt."

Hört Ihr, wie die deutschen Eichen rauschen, welcher Glanz, welcher Zauber der Sprache, welche stilistische Reinheit, die wirklich nur der versteht, der deutsch ist wie Hitler! Oder hört ihn weiter, wie er in seinem Buche

"Mein Kampf" die deutsche Sprache neu gestaltet:

"Die harte Faust des Schicksals, die mir das Auge öffnete.... die Flagge des Reiches war erst im Schosse des Krieges geboren worden... dieses Pack fabriziert zu mehr als zwei Dritteln die sogenannte öffentliche Meinung, deren Schaum dann die parlamentarische Aphrodite entsteigt... die Grundlage, auf der die Partei steht, ist der Schildarm des deutschen Volkes."

Das sind die Germanenschwerter, die Hörner von Ronceval, das ist die echte deutsche Urkraft Hitler'scher Urworte. Da kommt endlich wieder Mark und Kraft in die von Lessing, Goethe und anderen Pfuschern verballhornte deutsche Sprache hinein! Heul - heul wie die Hörner von Ronceval!

der jüngste SA-Mann.

Unter den vielen Bildern, die von Adolf Hitler aufgenommen worden sind - er macht es nicht unter einem Dutzend pro Tag - befindet sich eins, das ihn mit dem jüngsten uniformierten SA-Mann, einem Jungen von zwei Jahren, zusammen zeigt. Mit diesem jüngsten SA-Mann, der schon zwei Jahre alt ist, hat es seine besondere Bewandnis. Es ist der Sprössling des Münchener Kaufmannes Danzeisen. Hinter dem Söhnchen erblickt man auf dem Bilde den Vater, der, wie die Aufnahme zeigt, in hoher Gunst bei Adolf Hitler steht.

Dieser persönliche Günstling Hitlers wurde zwei Tage später, nachdem diese Aufnahme gemacht worden war, von einem Münchener Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er eine Tscheka-Kolonie zum Mord gegen die Grössen des Braunen Hauses in München, gegen den Grafen Dumoulin Eckart, gegen Röhm und dessen Sekretär Bell, angestiftet hatte. Im Prozess hat Röhm ebenso wie Dumoulin Eckart unter Eid ausgesagt, dass sie fest überzeugt waren, dass Danzeisen sie habe ermorden lassen wollen.

Ein reizendes Familienbild, dies Söhnchen des Danzeisen und Adolf Hitler, eine reizende Familie, die da im Braunen Haus in München beisammen ist! Hitler Spezialfreund will Hitlers nächste Mitarbeiter ermorden lassen und wird deshalb vor Gericht verurteilt, die ausgesuchten Opfer des Anschlags beschuldigt unter Eid Hitlers Spezialfreund der Anstiftung, Hitler selbst aber lässt sich demonstrativ mit dem Söhnchen des Mordanstifters zusammen photographieren!

Unter solchen Brüdern kommt es eben auf ein ganz klein wenig von Mordabsichten nicht so genau an. Man verfährt dann nach der Parole: kleine Morde erhalten die Freundschaft!

Der jüngste SA-Mann, der es schon auf ein Lebensalter von zwei Jahren gebracht hat, ist da für sein Avancement in der SA-Karriere im richtigen Milieu!

Hitlers grossartigste Versprechung.

Vor den Preussenwahlen erschien bei Hitler eine nationale Frauendeputierte um ihn zu befragen, wie er es mit den politischen Rechten und der sozialen Stellung der Frau halte. Er verfiel in tiefes Nachdenken, dann bat er sich Bedenkzeit aus. Nach einiger Zeit gab er folgende Antwort:

"Was hat denn die Novemberrevolution den deutschen Frauen gebracht? Ich antworte: 50 000 Frauen, halbe und ganze Blaustrümpfe sind Parteibeamtinnen geworden. Im Dritten Reich werden die Frauen darauf pfeifen dürfen, im Dritten Reich wird jede Frau ihren Mann haben."

Auf Hitlers Kommando werden also künftig, entgegen dem bisherigen biologischen Gesetz mehr Knaben als Mädchen zur Welt kommen. Im übrigen wird im Braunen Haus eine Ehevermittlungsanstalt eingerichtet, die jeder Frau einen Mann besorgt. Goebbels ist schon glücklich unter den Pantoffel gebracht. Wir sind nur gespannt, wie das Ehevermittlungsgeschäft bei Röhm gelingen wird!

Aus aller Welt

Alles um Geld.

Aus der Berliner Gerichtschronik - Milde Devaheimanträge - Die Schüsse auf den Reichsbankpräsidenten.

SPD. Grosser Tag in Moabit. Typische Prozesse der Zeit werden verhandelt: es geht überall ums Geld. Die Anklage richtet sich sowohl gegen Gauner, die es den Aermsten aus der Tasche stehlen, als auch gegen - Idealisten, die es allen verschaffen wollen, aber erst einmal schiessen, damit man sie überhaupt hört... Die Erwerbslosen auf den Publikumstribünen aber hungern weiter....

Im Devaheimprozess, der sich jetzt nach ungefähr 2 Monaten Dauer seinem Ende zuneigt, wurden äusserst milde Strafanträge gestellt; der Staatsanwalt verwies zwar in seinem dreistündigen Plädoyer auf den Parallelfall Sklarek, zog aber aus seinem Hinweis keinerlei Konsequenz. Vor dem erweiterten Schöffengericht steht der Mann, der auf den Reichsbankpräsidenten schiessen liess: Dr. Roosen. Ebenso ist der "Schütze" angeklagt: der Nationalökonom Kertscher. Nachmittags um 3 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Endlich findet der Fortsetzungsprozess Caro-Petschek statt. Es geht bei diesem Prozess "unter feinen Leuten" um 400 000 Mark Mitgift und um intimere Dinge. Wegen der intimeren Dinge wird die Öffentlichkeit wieder einmal ausgeschlossen. Die grössten Berliner Verteidigerkanonen, unter ihnen Professor Alsberg, donnern ohne Widerhall.

"Heimliche Konten - unheimliche Gelder".

Im Devaheimprozess beantragt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz gegen Pastor Cremer wegen fortgesetzter Untreue eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Gefängnis; gegen Generaldirektor Wilhelm Jeppel wegen fortgesetzter Untreue, Betrug in Tateinheit mit Urkundenfälschung und Bilanzverschleierung 2 Jahre 6 Monate Gefängnis; gegen den Angestellten Clausen wegen Untreue 3 Jahre Gefängnis; gegen Cremer junior wegen fortgesetzter Untreue und Betrug 8 Monate Gefängnis; gegen Jeppel junior 4 Monate Gefängnis; gegen Kocks 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Clausen wird entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts in Haft genommen.

Durch die Devaheimlichen ist ein ungeheurer Schade angerichtet worden. Konkursverwalter Nötzel gab kürzlich an, dass Devaheim und Deuzag 15 bis 20 Millionen Mark verloren; bei der verbundenen Baugenossenschaft Mühlheim beträgt die Unterbilanz 16 Millionen Mark. "Eine unerfreuliche Verquickung von Religion und Geschäft", meint der Staatsanwalt, "hat den Angeklagten geholfen. Sie fanden die Unterstützung der Kirche, die Kirche konnte allerdings nicht damit rechnen, dass die Leute mit so frommen Gebärden so unfromm handeln würden. Sie konnte nicht wissen, dass die Angeklagten mit den höchsten Gefühlen Schacher treiben würden: Pastor Cremer, der scheinbar so ehrwürdige Diener Gottes, der vor fremden Altären kniete und mit eiskaltem Zynismus das dauernde Vertrauen seiner Vorgesetzten und Kollegen missbrauchte, um seine ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen und sich und seiner Familie auf Kosten armer Leute ein Vermögen zu erwerben; Wilhelm Jeppel, der durch eifrige Betonung seines "positiven Christentums" Kredite und Unterstützungen erlangte; Clausen, der "im Interesse der evangelischen Sache" zu handeln vorgab, dabei aber ein Intrigennetz von gigantischem Ausmass spann, aus dem er per Saldo einen Gewinn von 200 000 Mark eingesteckt hat."

Der Staatsanwalt bewies die Schuld der Angeklagten bis ins Einzelne: es ist gegen den Grundgedanken des Kollektivsparsystems gekündigt worden. Vermögen,

das zu treuen Händen zu verwalten war, wurde leichtsinnig verschleudert. Die De-
vaheim zahlte auf Grund von Krediten Gelder aus, die nicht da waren. Als sie die
in Anspruch genommenen Zwischenkredite decken musste, griff sie Gelder der Ein-
leger an. Damit man nichts merkt und buchmässig alles hübsch in Ordnung kam, wur-
de ein Zwischeninstitut gegründet: die Heimstätten-Bank. Mit Recht hiess das In-
stitut bald "Verschiebebahnhof". Ein anderer gerechtfertigter Spitzname für den
Devaheimgesamt-komplex: "Cremertorium": Pastor Cremer hatte es nämlich verstan-
den, der gesamten näheren und weiteren Verwandtschaft gut bezahlte Posten zu
verschaffen.

Als es zum Zusammenbruch kam, wurden die Vergehen immer schwerer. Der
Dresdener Bank wurde z.B. ein Grundstück verschrieben und darüber ein Taxwert
von 3 Millionen Mark angegeben, während der Finkaufspreis des Grundstücks
200 000 Mark, der damalige mögliche Verkaufspreis 120 000 Mark betrug. Schwe-
gegelder wurden in Ummengen bezahlt: der "Industrie Kurier" sollte eine "Rei-
nigungsaktion" vornehmen; der Mitangeklagte Clausen bekam seinen Teil ab, weil
er zuviel wusste. Man schickte sich gegenseitig zur Erholung in Kurorte, was
jedesmal 3 000 Mark Spesen kostete. Bei diesen Krankheiten haben sich die Her-
ren ganz gesund gemacht, bei zahllosen anderen Gelegenheiten auch. Ihre Taschen
schwollen an, immer vom Geld der kleinen Leute. Resigniert meint der Staatsan-
walt: "Heimliche Konten wurden angelegt, unheimliche Gelder verbraucht. Zählte
man alle Vergehen auf, käme man ins Uferlose..."

Der Anti-Luther.

Wirklich ins Uferlose gerät, einen Gerichtssaal weiter, mit seinen Aus-
führungen der der Körperverletzung beschuldigte Dr. Willy Roosen: der Mann,
der am 9. April neun Uhr abends auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin seinen
Kollegen Kertscher auf den Reichsbankpräsidenten Luther schiessen liess. Mord
war nicht beabsichtigt, das nimmt die Anklage auch nicht an. Dr. Luther trug
eine leichte Fleischwunde davon, ausserdem einen Gehörschaden. Der Angeklagte
erklärt, dass er bedaure, wenn Dr. Luther durch die Schüsse am Gehör ge-
schädigt worden wäre: er hätte ihm ja gerade die Ohren öffnen wollen...

Das Bonmot ist für den hochintellektuellen, rednerisch sehr gewandten
Angeklagten typisch. Er steht zu seiner Tat, weil er zu seiner "Frei Geld!
Frei Wirtschaft! Frei Boden!"-Theorie steht, auf die er durch seine Schüsse
alle Welt aufmerksam machen wollte. Ausserdem will er beweisen, dass Dr. Luther
als früherer Oberbürgermeister von Essen möglicherweise ein guter Kommunal-
politiker, aber ein schlechter, unfähiger Reichsbankpräsident sei. Er ist un-
glücklich darüber, dass das Gericht vorläufig nicht geneigt ist, den entspre-
chenden Beweisanträgen stattzugeben.

Dr. Roosen hat eine gute juristische Ausbildung hinter sich. Die letzten
Jahre widmete er ausschliesslich der Propaganda seiner Idee, die er in einem
grossen Währungsprogramm zusammenfasste. Einige Zeit war er bei den National-
sozialisten, stiess aber auf kein Verständnis. Seitdem hat er "nichts anderes
gemacht als Angriffsattacken gegen die Reichsbank". Dr. Luther hat ihm nicht
geantwortet, deshalb hat er auf ihn geschossen. Dr. Luther, der auch als Neben-
kläger zugelassen ist, erklärt hierauf: "Es gibt andere Wege, sich und seine
Ideen zu melden". Verteidiger: "Wenn aber die anderen Wege versagen?" Dr. Lu-
ther: "Dann muss der Bürger verzichten."

Es gibt aber nun einmal Fanatiker, die nicht so leicht verzichten. Einer
von ihnen, fest überzeugt von seiner Sache, ist Dr. Roosen. Seine Tat - der
Vorsitzende liess die gleiche Meinung erkennen - ist die ehrliche Tat eines
Verzweifelten. Verschaffen ihm die Schüsse kein Gehör, hat für ihn sein Leben
seinen Sinn verloren.

Ego.

+ + +

250 Räuber! Eine schwerbewaffnete Räuberbande von 250 Mann drang in die Nicaragua-Niederlassung der nordamerikanischen United Fruit Co. am Rio Grande-Fluss ein, raubte alles, was nicht niet- und nagelfest war und richtete ein furchtbares Zerstörungswerk an. Ebenso verwüsteten die Räuber verschiedene in der Nähe gelegene Farmen. Ein Gutsverwalter und sieben Angestellte wurden getötet, drei Frauen entführt.

+ + +
Segelflug=Opfer. Am Dienstag=Morgen ist der Student Rüdiger aus Liegnitz beim Rhön=Segelflugwettbewerb auf der Wasserkuppe abgestürzt und tödlich verunglückt. Der Unfall ereignete sich über den Wald von Abtsroda. Nach den bisherigen Feststellungen scheint eine Verkettung unglücklicher Zufälle den Tod Rüdigers herbeigeführt zu haben.

+ + +
Meteorsturz. Die Bevölkerung von Heidelberg und zahlreichen Orten der Pfalz wurde am Dienstag=Morgen durch den Lärm eines niedergehenden Meteors erschreckt. Die Stelle, an der der Meteor zu Boden stürzte, steht noch nicht fest. Uebereinstimmend wird berichtet, dass man einen hellen, feurigen Schweif beobachtet habe.

+ + +
5 800 Meter hoch. Die deutsche Himalaja=Expedition hat bei der Besteigung des Nanga Parbat in 5 800 Meter Höhe ein Lager errichtet. Der 8 116 Meter hohe Gipfel des Berges dürfte nach den letzten Meldungen bald erreicht sein. Insbesondere äussern sich die Expeditionsleiter, der Münchener Alpinist Willy Merkl und der Amerikaner Rand Herron, befriedigt über Arbeitsfeier und Interesse der mitgenommenen Kulis.

+ + +
Ein Zoomond. Die Direktion des Londoner Zoologischen Gartens liess eine Anlage zur Erzeugung von künstlichem Mondschein errichten. Die Anlage verfolgt den Zweck, den Besuchern des Zoologischen Gartens die allgemein nur bei Nacht sichtbaren Meerestiere des Aquariums auch bei Tage zeigen zu können.

+ + +
60 000 Eier. Einem Produkthändler in einem Dorf bei Neunkirchen (Saar) wurden in letzter Zeit 60 000 Eier gestohlen.

+ + +
Zeppelin=Fahrten. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" nimmt am 15. August im Abstand von jeweils 14 Tagen wieder seine regelmässigen Verkehrsfahrten nach Südamerika auf. Gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen, sowie gewöhnliche Pakete sind zur Beförderung zugelassen. Die Sendungen müssen die Aufschrift "Mit Luftschiff Graf Zeppelin" tragen.

+ + +
Mordgeständnis. Ein ehemaliger Reichswehr=Feldweber Thomas aus Schlesien und seine Freundin, eine Maria Schätzer, haben der Kölner Kriminalpolizei gestanden, am 8. April dieses Jahres in Köln den siebzigjährigen Arzt Dr. Rubensohn niedergeschlagen, gefesselt, gewürgt und um 750 Mark, sowie um Schmuck beraubt zu haben: Rubensohn war an dem Knebel, den ihm Thomas in den Mund gesteckt hatte, erstickt. Maria Schötze gibt an, ihren Bräutigam zu der Tat, die einen Macheakt darstelle, angestiftet zu haben. Ihre Mutter ist Mitwisserin des Mordes und Teilhaberin am Raub. Ausserdem sind noch vier weitere Mitwisser und Nutzniesser in Untersuchungshaft.

+ + +
Todessturz. Auf eigenartige Weise kam in Bonn Rechtsanwalt Dr. Winkler ums Leben. Winkler hatte sich im zweiten Stock des Gerichtsgebäudes auf das eiserne Treppengeländer gesetzt, um Akten zu durchsuchen. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte rückwärts durch das zehn Meter hohe Treppenhaus ins Erdgeschoss.

Wirtschaft Technik Handel

Lohnabbau und Landwirtschaft.

Mit den Löhnen ist auch das Einkommen der Landwirtschaft gesunken.

SPD. Die Nazis behaupten, dass die Marxisten auch an der Agrarkrise schuld sind. Wenn der Bauer für viele Erzeugnisse unzureichende Preise erhält, dann machen die Nazis in ihren Wahlreden ausgerechnet die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dafür verantwortlich. Das ist ausgemachter Idiotismus, aber es gibt Dumme genug, die den Blödsinn glauben.

Nun hat das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel eine Zusammenstellung herausgebracht, die zeigt, wie sehr die Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel, also fast ausschliesslich für Produkte, die die Deutsche Landwirtschaft erzeugt, vom Volkseinkommen abhängen. Wir geben diese Tabelle wieder:

	1929	1930	1931
	(in	Milliarden	Mark.)
<u>Volkseinkommen insgesamt</u>	76	69	55
<u>davon wurden für Nahrungs= mittel ausgegeben:</u>	30	27	24.

Nach dieser Aufstellung, der amtliches Material zugrunde liegt, hat sich das Volkseinkommen von 76 Milliarden im Jahre 1929 auf 55 Milliarden im Jahre 1931 vermindert. Diese Verminderung kennzeichnet den ungeheuren Lohn- und Gehaltsabbau, der in Deutschland unter Druck der Nationalsozialistischen Partei erfolgte. Ohne die Hitlerbewegung hätte die Gross- und Schwerindustrie diesen Lohnraub nicht durchführen können.

Sehen wir nun die Auswirkungen des Lohnraubs auf die Einnahmen der Landwirtschaft, die sich in den Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel darstellen. Parallel mit dem Lohnraub bei Arbeitern, Angestellten und Beamten läuft eine Verminderung des Einkommens der Landwirtschaft. Das landwirtschaftliche Einkommen ging in derselben Zeit von 30 auf 24 Milliarden zurück.

Das sind die Auswirkungen der Hitlerschen Politik auf die Landwirtschaft. Der Arbeiter kann nur hohe Preise für Nahrungsmittel bezahlen, wenn er anständige Löhne erhält. Arbeiternot ist Bauerntod!

Wählt Liste 1.

SPD. Der Syndikus der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, Dr. Tiburtius, veröffentlicht im "Pressedienst des Einzelhandels" einen Artikel, der sich in recht geschwollenen, aber unklaren Worten über die berufsständige Idee und den Ständestaat auslässt. Im Rahmen dieser faschistischen Liebeserklärung interessiert folgender Satz: "Als besonderes und neues Merkmal muss die ernsthafte Diskussion mit verantwortlichen Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei genannt werden, die in wichtigen Grundfragen, wie insbesondere in der Betonung der standespolitischen Pflichten eines dem Einzelhandel aller Betriebsgrössen zusammenfassenden Spitzenverbandes, durchaus übereinstimmende Ansichten ergab."

Höchst interessant und höchst merkwürdig. Wenn wir uns recht erinnern,

führen die Nazis, wenn sie sich bei den kleinen Händlern und Gewerbebetreibenden aufhalten, den Todeskampf gegen die grossen Warenhäuser. Wenn sie bei der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels sind, pfeifen sie aus einem andern Loch. Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels umfasst nämlich auch die grossen Warenhäuser, die jüdischen Warenhäuser, wie sich die Nazis auszudrücken beliebten. Gerade die Warenhäuser dürfte Tiburtius meinen, wenn er von dem Spitzenverband spricht, der den Einzelhandel aller Betriebsgrössen umfasst. Daraus kann man zur folgern, dass die Nazis ihren Frieden mit den "jüdischen Warenhäusern" gemacht haben. Muss die Bekehrung darauf zurückgeführt werden, dass man die Warenhäuser in der Nationalsozialistischen Partei als schätzenswerte Geldgeber betrachtet? Es ist ja bekannt, dass ein grosses amerikanisches Warenhausunternehmen, das in Deutschland Einheitspreisgeschäfte betreibt, die Nazis mit grösseren Summen unterstützt.

SPD. Mit welchen Mitteln die Nazis es noch immer wagen, auf dem flachen Lande Dumme zu fangen, geht besonders deutlich aus einem Flugblatt hervor, das in diesen Tagen unter den Landarbeitern und Kleinbauern verteilt worden ist. Dieses Flugblatt beginnt ausnahmsweise mit einer wahren Tatsache. Es heisst darin:

"Landarbeiter! Seit 1919 geniesst Du die Koalitionsfreiheit; hast eigene Lohntarife mit Deputat- und Arbeitszeitregelung, Urlaubsbestimmungen. Du hast Deine eigene Landkrankenkassenverwaltung und noch viele, viele soziale Errungenschaften geschenkt bekommen!"

Na also! Endlich mal ein wahrer Satz unter all dem nationalsozialistischen Lügengeschwafel! Dann aber heisst es weiter:

"Wo bleiben aber die Zusagen, dass auch Dir die Möglichkeit der Siedlung werden sollte, wo hat man Dir endlich ein eigenes Heim erbaut!"

Diese Frage wagen dieselben Nationalsozialisten an die Kleinbauern zu richten, deren Gesinnungsgenossen in Neudeck den Reichspräsidenten dazu überredet haben, Brüning zu verabschieden, weil er die 3 000 bankrotten Rittgüter in Siedlungsland aufteilen wollte! Und weiter heisst es:

"Verspürst Du etwas vom Schutze gegen die Arbeitslosigkeit? Kannst Du mit den heutigen Unterstützungsgeldern Deine Familie satt machen?"

In den offiziellen Erläuterungen zum Programm der NSDAP (S.16) aber hat der Programmpapst der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Feder die Sätze niedergeschrieben:

"Es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren" und "Wenn der Staat finanziell an der Frage der Arbeitslosenversicherung scheitert, so haben wir dafür nur ein Achselzucken".

Dann fährt das Flugblatt fort:

"Nur wenn Du deutsch denkst und fühlst, mitkämpfst für die Brechung der Zinsknechtschaft, für die Zerreiissung der goldenen Sklavenfessel, alsdann wird sich uns allen das Tor der Freiheit wieder öffnen und ein wahrer deutscher Sozialismus möglich sein."

Welch' schöner Satz! Was aber die nationalsozialistischen Führer in Wirklichkeit von der Brechung der Zinsknechtschaft halten, das hat Dr. Goebbels dem früheren nationalsozialistischen Leutnant Scheringer verraten. Wie dieser vor dem Reichsgericht aussagte, hat ihm Goebbels auf einer Reise nach München gesagt:

"Ach, das mit der Brechung der Zinsknechtschaft, das ist ja so ein Federsches Unsinn, bei dem nur der das Brechen kriegt, der das Lesen muss!"

Und schliesslich heisst es in diesem Flugblatt: "Schaut nach Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg, fraget den Koburger Arbeiter, ob und wie die Nationalsozialisten regieren können."

Warum fehlt in dieser Aufzählung Mecklenburg, wo doch auch die Nazis zu Macht und Würden gekommen sind? Weil in Mecklenburg die Landarbeiter und Kleinbauern das wahre Gesicht der Nazis zu sehen bekommen haben. Solange in Mecklenburg die Sozialdemokraten an der Macht waren, war die Grundsteuer nach der Grösse des Besitzes gestaffelt. Jetzt, wo die Nazis Mecklenburg beherrschen, ist diese soziale Staffelung aufgehoben worden, sodass der Kleinbauer jetzt drei- bis viermal mehr zahlen muss als bisher. Und wenn die Landarbeiter und Kleinbauern wirklich einen Koburger Arbeiter fragen könnten, dann würde der ihnen die Wahrheit über Koburg sagen: Jahrelang haben die Nazis in Koburg eine verantwortungslose Misswirtschaft getrieben und sich damit gerühmt, dass sie keine Bürgersteuer eingeführt haben und alle anderen Steuern ausserordentlich niedrig waren. Bis es dem bayerischen Staat zu bunt wurde und er Koburg die Sperrung der Staatszuschüsse androhte, wenn nicht endlich Ordnung geschaffen würde. Da haben sich plötzlich die Nazis schrecklich beeilt, die Bürgersteuer und alle anderen Gemeindesteuern mit höheren Sätzen als in anderen bayerischen Städten einzuführen und die Wohlfahrtsunterstützung rücksichtslos zu kürzen, sodass das ganze Lügengebäude vom Koburger Steuerparadies schmachlich zusammengestürzt ist.

Was die Nazis in Wirklichkeit mit den Kleinbauern vorhaben, das zeigt unwiderleglich die erste Notverordnung der Regierung der Hitlerbarone: Solange die Sozialdemokratie die Regierung Brüning tolerierte; waren die Kleinbauern bis zu 5 000 Mark Umsatz von der Umsatzsteuer befreit. Seitdem Hitler die Regierung der Junker und Schlotbarone toleriert, ist diese Befreiung aufgehoben, sodass auch die kleinsten Landwirte $2\frac{1}{2}$ Prozent von ihrem Umsatz zahlen müssen.

SPD. Die Bauernfreundlichkeit des Ernährungsministers Baron von Braun zeigt sich immer mehr von der bedenklichen Seite. Er hat den Monopolpreis für Mais von 140 auf 180 Mark erhöht und die Kosten der bäuerlichen Schweinemäster stark verteuert. Für die Grossgrundbesitzer, die schon wissen, weshalb sie die Nazis unterstützen, wird alles getan. Für den Bauern hat man nur Versprechungen übrig.

Jetzt hat der Herr Baron von Braun verfügt, dass die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft an Verkoppelung mit den noch vorhandenen Beständen an Russenroggen Gerste an Schweinemäster liefern soll. Der Abgabepreis für eine Tonne Gerste und eine Tonne Roggen beträgt zusammen 320 Mark, wovon auf Gerste 170 und auf Roggen 150 Mark entfallen. Der Durchschnittspreis für das Futtermisch stellt sich also auf 160 Mark je Tonne. Damit sei, wie es in der amtlichen Mitteilung heisst, "ein Preis erreicht worden, der vom Standpunkt des Verbrauchers aus als günstig zu bezeichnen ist."

In Wahrheit bedeutet aber diese neue Aktion nichts anderes als eine Stützung des Getreidemarktes und damit der am Getreideverkauf interessierten Ritergutsbesitzer. Der Roggen wird nämlich nicht, im Gegensatz zur Gerste, sofort d.h. im Juli und August geliefert, sondern erst im Winter. Ausserdem macht die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, also das Reich, dabei ein gutes Geschäft, da sie ihren im Frühjahr eingekauften Russenroggen nunmehr für 160 Mark verkauft. Auf dem Weltmarkt kostet Roggen aber nur 70 Mark, sodass das Reich abzüglich aller Kosten und der Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis bei der Gerste ungefähr 70 Mark je Tonne verdienen wird. Selbstverständlich sind die Gerstenpreise sofort nach Ankündigung der Aktion gestiegen. Vor einer Woche kostete Gerste noch 160 Mark je Tonne, heute bereits 165. Wie wir hören, soll der Gerstenpreis bis auf 180 Mark getrieben werden. Das ganze ist also keine Hilfe für die bäuerliche Veredelungswirtschaft, die infolge der niedrigen Fleischpreise dringend einer Senkung der Produktionskosten benötigt, sondern nichts anderes als eine üble Preistreiberei zugunsten der Getreideproduzenten.

Das ist die Hilfe der von den Nazis tolerierten Adelsregierung für die Bauern. Wer es mit der Besserung der Lage ehrlich meint, wählt Liste 1.

SPD. Der Hirsch-Kupfer-Konzern hat jetzt die Vorarbeiten zur Liquidierung des grossen Skandals beendet, der vor einigen Monaten bekannt wurde und der das Unternehmen hoffnungslos überschuldete. Der Sanierungsplan sieht in erster Linie eine Aufteilung des Riesenunternehmens vor.

An Schulden und Verlusten sind allein 16 Millionen Mark abzuschreiben. Ein wesentlicher Teil dieser Verluste entstand dadurch, dass sich die Leitung des Unternehmens mit wesensfremden Gesellschaften beschäftigte; u.a. mit der Finowfarm, einem Unternehmen zur Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, die auch von der Finowfarm vertrieben wurden. Eine Aufsicht und Kontrolle scheint dabei völlig gefehlt zu haben. Der Aufsichtsrat hat glattweg versagt, auch der Vertreter der Banken, bei denen sich die Verpflichtungen des Hirsch-Kupferkonzerns schnell steigerten. Interessant ist folgende Feststellung: Bei Hirschkupfer wurde in niedrigen Gehältern gemacht, d.h. die Bezüge der Generaldirektoren und der Direktoren sahen auf dem Papier nicht besonders hoch aus. Dafür fielen aber die Tantiemen umso reichlicher aus. Die Tantiemen wurden dazu auch noch als Vorschuss gezahlt. So entstand eine Schuld von 1,8 Millionen Mark. Die Leitung des Unternehmens hatte diese Summen als "Vorschuss" empfangen ohne dazu berechtigt zu sein. Jetzt überlegt man, wie man die frühere Leitung, den Aufsichtsrat und besonders den Bankenvertreter im Aufsichtsrat zur Deckung des Verlustes heranziehen kann. Im Grunde genommen beweist das alles, wie sehr eine regelrechte Kontrolle gefehlt hat und dass eine richtige Kontrolle nur hergestellt werden kann, wenn man die Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hinsichtlich einer richtigen Betriebskontrolle so schnell wie möglich verwirklicht. Auch daran soll der Wähler am 31. Juli denken.

Vorläufig ist bei Hirschkupfer festzustellen, dass das Ausland grossen Einfluss auf das Unternehmen erhält. Aus dem Hirsch-Kupferkonzern wird zunächst der Betrieb in Finow herausgenommen. Er wird selbständig und führt den Namen Hirsch-Kupfer- und Messingwerk A.G. Finow. An dem Aktienbesitz wird der englische Chemietrust und die unter englischem Einfluss stehende Kupfergesellschaft Haut Katanga (Nordafrika-Brüssel) massgeblich beteiligt sein. Der Rest des Konzerns erhält den Namen Berlin-Ilseburger Metallwerke A.G., Berlin. Es ist leider damit zu rechnen, dass grössere Teile des ehemaligen Hirsch-Kupferkonzerns der Stilllegung anheim fallen. So hat die Arbeiterschaft die Sünden der kapitalistischen Drahtzieher auszubaden. Die Nazis aber schreien, die Marxisten hätten die Betriebe zugrunde gerichtet. Gebt ihnen am 31. Juli die richtige Antwort: Wählt Sozialdemokratie.

SPD. Die Hugenbergsche Ufa, die in Deutschland einen besonderen, in letzter Zeit abermals erhöhten Schutz, den Kontingentierungsschutz genießt, hat sich hinter dem Wall der Absperrung vom Ausland auch im Krisenjahr 1931 gut entwickeln können. Im vorigen Jahr verteilte das Unternehmen eine Dividende von 6 Prozent. Diesesmal wird die Dividende nur etwas geringer ausfallen. Dabei scheinen reichliche Schuldendeckungen und Reservestellungen vorgekommen worden zu sein.

Das lässt sich verstehen, wenn man überlegt, dass die Ufa aus den Kontingentierungsmassnahmen des Reiches, die der Ufa so ziemlich auf den Leib geschnitten sind, äusserst grosse Vorteile zieht. Des andern ist der Ufa die Entwicklung des Tonfilms zugute gekommen. Der deutsche Tonfilm, der zum gröss-

ten Teil von der Ufa beherrscht wird, steht in Europa an erster Stelle.

Weiter muss man berücksichtigen, dass der Kinobesuch zugenommen hat. Die Ufa berichtet, dass in dem, Ende Mai abgelaufenen Geschäftsjahr die Besucherzahl in ihren Theatern um 1,5 Millionen höher war als im Jahre vorher. Auch die Industrie- und Kinoreklame hat gute Ergebnisse gebracht.

Es ist bedauerlich, dass man Hugenberg in Deutschland das Gebiet des Kinos und des Tonfilms so ziemlich kampflos überlassen hat. Versuche einer Gegenwehr, die unter der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller mit der Emelka gemacht wurden, sind in der Zeit der Notverordnungsregierungen restlos zerschlagen worden.

SPD. Köln, 19. Juli (Eig. Drahtb.)

Ueber ein Jahr ziehen sich nun schon die Verhandlungen über die Sanierung der in Schwierigkeiten geratenen Landesbank der Rheinprovinz hin, ohne zu einem Abschluss zu kommen. Die Folge ist eine Unsicherheit in der rheinischen Wirtschaft, die unerträglich ist. Die Industrie- und Handelskammern von Köln, Düsseldorf, Duisburg-Wesel, Essen, Krefeld, Wuppertal, Remscheid und Solingen sowie die Vereinigung zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen haben sich am Dienstag in einem Telegramm an den Reichskanzler und die zuständigen Reichs- und Staatsministerien gewandt, in dem sie die Erwartung aussprechen, dass endlich die praktischen Ausführungen der Erklärungen der Reichs- und Staatsregierung erfolgen, die sich übereinstimmend dafür ausgesprochen haben, die Stützung und Aufrechterhaltung der Landesbank der Rheinprovinz unter allen Umständen zu sichern.

SPD. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung sind nunmehr zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Importeuren schweizer Waren wird auf Antrag die Genehmigung gegeben werden, über ihre Devisenkontingente hinaus auf ein Sonderkonto bei der Deutschen Reichsbank zugunsten der Schweizer Nationalbank in einem bestimmten Umfange Reichsmarkzahlungen vorzunehmen. Ueber das Sonderkonto wird zur Bezahlung deutscher Waren, die nach der Schweiz ausgeführt werden, verfügt werden. Die Schweizerische Regierung wird u.a. die Einfuhr der sogenannten Kompensationswaren (Malz, Zucker, Kohle) aus Deutschland in der bisherigen Höhe auch für die Monate Oktober, November und Dezember sicherstellen. Das Reiseabkommen wird bis zum Ende Dezember verlängert. Weiter ist deutscherseits eine Herabsetzung der Zölle für gewisse Vorhangstoffe, schweizerischerseits die Herabsetzung der Zölle für Spielwaren (ausgenommen solche aus Holz und Aluminium) zugesagt. Das Abkommen tritt am 1. August in Kraft und gilt bis Ende Dezember 1932. Weitere Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen werden im September gepflogen werden.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Die Märkte standen durchaus unter Einfluss einer zu geringen Beschickung. Das hatte auf der ganzen Linie Preissteigerungen zur Folge. Insbesondere zogen die Preise für Kälber und Schafe an. Die Beschickung des Schweinemarktes lag ungefähr bei 9 900 Tieren.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-), b) (240-300 Pfd.) 42-43 (39), c) (200-240 Pfd.) 41-42 (37-38), d) (160-200 Pfd.) 38-40 (34-36), e) (120-160 Pfd.) 35-36 (30-33), f) Sauen 36-37 (32-35). Kühe: a) 23-27 (23-27) b) 20-22 (20-22), c) 15-18 (15-18), d) 10-14 (10-14)

Preise steigen.

(Berliner Getreidebörse vom 19.7.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Stimmung für Brotgetreide aus alter Ernte fester, während Getreide aus neuer Ernte stetig blieb. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen ist geringer geworden. Gleichzeitig machte sich insbesondere nach Weizen eine stärkere Nachfrage bemerkbar, da bei der feuchten Witterung mit grösseren Zufuhren im Juli einstweilen nicht zu rechnen ist. Prompter Weizen konnte daher seinen Kurs abermals um 2 Mark befestigen während prompter Roggen wieder nicht zur Notiz gelangte. Weizen und Roggen aus neuer Ernte waren zwar gleichfalls nicht reichlich angeboten, jedoch blieb die Nachfrage hier auch ziemlich klein. Die Preise konnten sich gut behaupten, z.T. wurde Roggen sogar etwas höher bewertet. Im Mehlgeschäft zeigten sich keinerlei Veränderungen. Das Geschäft war sehr wenig umfangreich bei unveränderten Preisen. Für Hafer sind die Forderungen vielfach erhöht worden, jedoch war es schwer, diese beim Konsum durchzusetzen. Gerste hatte ziemlich ruhiges Geschäft.

	18.7.	19.7.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	237 - 239	239 - 241
Roggen	-	-
Futter- und Industrieroggen	157 - 172	157 - 172
Hafer	156 - 161	157 - 162
Weizenmehl	29,50 - 33,75	29,50 - 33,75
Roggenmehl	24,75 - 26,50	24,75 - 26,50
Weizenkleie	11,50 - 11,75	11,50 - 11,80
Roggenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 252½ - 253½, September 227½, Okt. 228½, Dezember 230. Roggen Juli 185 - 184½, September 177½ - 177½, Oktober 178½ - 177¾, Dezember 180½ - 180. Hafer Juli -, Sept. 148.

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	1,15 - 1,35
" " Weizenstroh "	Rh	0,85 - 0,95
" " Haferstroh "	Rh	0,75 - 0,85
" " Gerstenstroh " neu	Rh	0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	Rh	1,05 - 1,35
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rh	0,90 - 1,10
" " Weizenstroh	Rh	0,70 - 0,90
Häcksel		Tendenz still	Rh 1,50 - 1,85
Gutes Heu, gesund und trocken		alt	Rh 2,00 - 2,50
" " " " "		neu	Rh 1,60 - 1,70
Luzerne, lose			Rh 1,90 - 2,30
Thymothae, lose			Rh 1,90 - 2,30
Kleeheu, lose			Rh 1,80 - 2,20
Drahtgepresstes Heu			Rh 0,40 über Notiz.

Tendenz stetig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Brotkorb der Arbeitslosen.

Hitler hängt ihn ab Donnerstag höher.

SPD. Die SA hat ihre Tressen, und das Volk hat nichts zu fressen, und unter dem Volk am allerwenigsten die Arbeitslosen. Und dies Allerwenigste wird frühestens ab Donnerstag, spätestens ab nächsten Montag nun nochmals weniger. Die Arbeitslosenunterstützungskürzung der Hitlerregierung beginnt.

Hunderttausende werden ohne oder fast ohne Unterstützung bleiben, wenn man einen letzten Hungergroschen, der vielleicht da und dort noch von der Wohlfahrt gegeben wird, noch Unterstützung nennen will. Hunderttausende! Das ist keine Übertreibung; denn bei 2½ Millionen Unterstützten bedeuten 10 % Unterstützungseinsparung durch die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung schon 250 000, die leer ausgehen. Dazu kommen dann noch die Ausschlüsse aus der Unterstützung in der Krisenfürsorge; denn auch hier setzt jetzt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein, während bisher nur eine Bedürftigkeitsprüfung bestand. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist eine Erfindung der Hitlerregierung, eine Ganzleistung der von Hitler aus politischen Gründen unterstützten und geduldeten Regierung Papen-Schleicher. Für die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ist letzten Endes niemans anderes verantwortlich als Hitler selbst. Die Arbeitslosen müssen sich bei ihm bedanken.

Wenn da und dort ein Arbeitsloser zunächst noch zu seiner Überraschung den alten Unterstützungssatz erhält, dann nicht infolge irgendeiner Härtemilderung, sondern lediglich aus dem einfachen Grunde, weil die Städte mit der Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung nicht zu Rande kommen. Sie, die vor der Neuregelung immer wieder erklärten, die Prüfung könne allein von ihnen am besten durchgeführt werden, weil sie über das erforderliche geschulte Personal verfügten, jammern jetzt, dass sie die Arbeit, die sie sich selbst aufgeladen haben, nicht schaffen. In den kleineren Städten, wo die Verhältnisse übersichtlicher sind, kann die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit bis zum Inkraftsetzen der von der Hitlerregierung geschaffenen Neuregelung vielleicht zu Not noch bewältigt werden. In den Grosstädten liegen die Dinge jedoch viel schwieriger, und wenn hier auch sozial geschultes Prüferpersonal neu eingestellt wurde, so sind damit die durch die Neuregelung hervorgerufenen Schwierigkeiten noch nicht behoben. Denn wenn die Prüfung nicht gewissenhaft durchgeführt wird, so bedeutet das nichts anderes als grausames Unrecht gegenüber Tausenden von Arbeitslosen. Der Prüfer, der auf Grund der neuen Unterstützungsrichtlinien in dem Haushalt des Arbeitslosen Erkundigungen einzieht, hat bis zu 50, ja vielleicht bis zu 100 % das Schicksal eines Arbeitslosen in der Hand. Von dem Geist, in dem die Prüfung durchgeführt wird, hängt sehr viel ab. Allein selbst ein Prüfer, der ein Herz hat und soziales Verständnis besitzt, kann nicht, wie er vielleicht möchte. Er ist gebunden. Die Gemeinden sollen doch sparen. Die Finanzdezernenten stellen ihre Forderungen. Der praktische Effekt des von oben befohlenen Wohlfahrtsabbaus kann also nur in einer verschärften Prüfung der Situation des Arbeitslosen bestehen. Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung - das ist ja der Sinn und der Zweck der Hilfsbedürftigkeitsprüfung. Und so mancher Arbeitslose, der von einer Durchschnittsunterstützungskürzung in Höhe von 23 % etwas gelesen hat, wird staunen, wenn er sieht, wieviel an Unterstützung ihm noch übrig bleibt. Der Durchschnitt ist ja nicht der einzelne Fall, und

in vielen, vielen solcher Einzelfälle wird die Kürzung der Unterstützung wesentlich grösser sein, wird sie bis zu 40 % gehen.

Die Regierung hätte gern, als sie davon hörte, dass die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in vielen Städten unmöglich bis zum Beginn der Unterstützungskürzung bewältigt werden kann, sozusagen aus der Not eine Tugend gemacht und das Inkrafttreten der Unterstützungskürzung bis nach den Wahlen verschoben. Sie ist von diesem Gedanken wieder abgekommen, weil sie und die Städte sich nicht allzusehr vor der Öffentlichkeit blamieren wollten. So werden also noch kurz vor den Wahlen die Arbeitslosen durch die Unterstützungskürzung nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht, was eine Hitlerregierung für sie bedeutet. Der Brotkorb wird den Armsten der Armen höher gehängt.

Warum? Nur, weil Hitler seine SA uniformieren und mit der uniformierten SA den Wahlterror organisieren wollte. Und die Auswirkungen dieses Preises, für den die Arbeitslosen nun noch mehr als bisher schon hungern müssen, sind Mord und Totschlag im ganzen Land: die Arbeitslosen müssen hungern, damit die SA für den Bürgerkrieg sich einexzerzieren kann. Und die Wirkung dieser Exerzieren ist, dass das Ausland noch weniger Vertrauen zu Deutschland hat, dass eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt immer schwieriger wird und damit die Lage für die Arbeitslosen immer hoffnungs- und trostloser. Hitler exzerziert und der Arbeitslose krepitiert.

Arbeitslose, sorgt bei den Wahlen dafür, dass diesem Wahnsinn ein Ende gemacht wird. Nieder mit Hitler!

SPD. Der Internationale Gewerkschaftsbund wendet sich mit folgender Kundgebung an die deutsche Arbeiterschaft:

Im Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

- setzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest, dass Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt;
- dass Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;
- dass die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, dass der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisset, dass das organisierte Weltproletariat hinter Euch steht, denn Ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, Euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

SPD. Die Organisationen der Arbeiterschaft haben einen neuen Schritt zur Hilfe für die jugendlichen Erwerbslosen unternommen. Eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes, des Afä-Bundes,

des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, des Arbeitsausschusses für Arbeiterwohlfahrt, der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege und des Reichsbanners Schwarzrotgold ergaben grundsätzliche Uebereinstimmung zur Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft, die den Namen "Sozialer Dienst - Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend" führen soll. Ihre Aufgabe ist die Förderung und Zusammenfassung aller Massnahmen und Veranstaltungen für die jüngeren Erwerbslosen. Zu ihrer vordringlichsten Tätigkeit wird die Herausgabe von Richtlinien und Anregungen sowie die Schulung von Führern für die praktische Durchführung der Arbeitshilfe gehören. Die der Reichsarbeitsgemeinschaft angehörenden Organisationen werden in gleicher Weise bezirklich und örtlich zusammenwirken.

Die Organisationen der Arbeiterschaft haben in immer steigendem Masse selbst Einrichtungen und Veranstaltungen getroffen, die der materiellen und geistigen Hilfe für die jüngeren Erwerbslosen dienen. Die vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kürzlich beschlossenen Richtlinien zur Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend erweitern noch den bisherigen Aufgabenkreis. Die Vielseitigkeit dieser Aufgaben und die Erkenntnis, dass die gegenwärtige Notzeit noch weiter andauern wird, führte zu der Ueberzeugung, dass innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung eine Zusammenfassung und zentrale Förderung des Hilfswerks der Arbeiterschaft an den Erwerbslosen dringend notwendig ist.

SPD. Ein Nazi=Redner wurde in einer nationalsozialistischen Versammlung in Hettstedt gefragt, warum die Nationalsozialistische Fraktion im preussischen Landtag dem KPD=Antrag, die Gehälter auf höchstens 12 000 Mark herabzusetzen, nicht zugestimmt habe. Der Gefragte gab nach einem Bericht der bürgerlichen Presse folgende Antwort:

Als Politiker müsse man einsehen, dass dadurch nur neue Arbeitslose geschaffen und die Kaufkraft noch mehr geschwächt würde. Nur im Interesse des Volkes habe man so gehandelt. Nicht nur in Hettstedt, sondern im ganzen Bezirk Halle sind Wahlplakate zu sehen, auf denen sich die Nazis über die Riesengehälter in den öffentlichen Betrieben beschwerten.

Wer hat nun recht? Der, der in Versammlungen sagt, die Gehälter dürfen um Gotteswillen nicht herabgesetzt werden, oder der, der auf die Marxisten schimpft, weil sie angeblich die hohen Gehälter nicht herabsetzen wollen.

Die den Nazis sehr nahestehende Torgauer Zeitung meldet, dass in einer Versammlung Pg. Stöcker aus Plauen erklärte: "Der Nationalsozialismus ist nicht das Produkt der Intelligenz, Darum geht die NSDAP auch vollständig neue Wege".

Der Mann hat recht. Wirklich neu sind allerdings die Wege der Nazis. Mit Dolch und Revolver weiss man z.B. auch in der südamerikanischen Politik gut umzugehen.

SPD. Die Ursache des Explosionsunglücks auf der Zeche Alstaden in Oberhausen, bei dem vier Personen schwer verletzt wurden - drei davon sind ihren Verletzungen erlegen - liegt nach den Feststellungen des Oberbergamtes Dortmund in der Verwendung von Schneidbrennern bei der Pechzerkleinerung. Der Hergang des Unglücks bedarf aber noch näherer Klärung. Eine Kohlenstaubexplosion kommt nicht in Frage.

SPD. Die Durchführungsbestimmungen für die Neuregelung des Freiwilligen Arbeitsdienstes werden noch im Laufe dieser Woche herauskommen.